



Beschlussvorlage öffentlich

Vorlage Nr.: BV/042/2026

Federführung:	Dezernat II	Datum:	26.05.2026
Bearbeiter:	Dagmar Flohr		

	Sichtvermerke
Beratungsfolge	Termin
Kreistag	18.06.2026

Resolution des Landkreises Ammerland zur aktuellen Reform der Notfallversorgung: „Bund: Hände weg vom Rettungsdienst!“,

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Ammerland beschließt die vom Nds. Landkreistag zum Zweck eines abgestimmten Vorgehens der niedersächsischen Landkreise und der Region Hannover vorgelegte Resolution „Bund: Hände weg vom Rettungsdienst!“.

Finanzielle Auswirkungen (brutto) ☐ nein ☐ ja	Im Haushaltsplan enthalten ☐ nein ☐ ja	Über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung ☐	
Einmalige Kosten		Investiv ☐	Unterschrift
Laufende Kosten			
Drittmittel (Zuschüsse)		Ergebniswirksam ☐	Gez. Flohr

Sachverhalt:

Resolution des Landkreises Ammerland zur aktuellen Reform der Notfallversorgung: „Bund: Hände weg vom Rettungsdienst!“

Seit mehreren Jahren gibt es politischen und strukturellen Streit um die Reform der Notfallversorgung und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Rettungsdienst. Kern des Konflikts ist eine Struktur- und Finanzierungsfrage.

Im April 2026 hat das Bundeskabinett den aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung beschlossen. Im Kern stellt das Vorhaben der Bundesregierung den Rettungsdienst, wie wir ihn in Niedersachsen im eigenen Wirkungskreis organisiert haben, in Frage. Hintergrund sind insbesondere die geplanten bundesrechtlichen Eingriffe in die Organisation und Finanzierung des Rettungsdienstes. Aus kommunaler Sicht besteht die Gefahr, dass bewährte Strukturen der Gefahrenabwehr geschwächt und zugleich zusätzliche finanzielle Belastungen auf die kommunale Ebene verlagert werden. In Rede steht damit zumindest faktisch die Organisation und Funktionsfähigkeit des Rettungsdienstes im eigenen Wirkungskreis in Niedersachsen.

Auch das Präsidium des NLT sieht diese Entwicklung mit großer Sorge und hat daher aktuell ein Muster für eine Resolution der Landkreise und der Region Hannover – auch unter Einbezug der Mitglieder – erarbeitet. Die Resolution richtet sich an Bundes- und Landespolitiker und damit insbesondere auch an die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat und soll der grundlegenden Position der Landkreise und der Region Hannover im weiteren Gesetzgebungsverfahren in Berlin besser Gehör verschaffen. Ziel ist eine möglichst kurzfristige Befassung in den Kreistagen sowie in der Regionsversammlung.

Der Resolutionstext wendet sich gegen eine überregelnde bundesrechtliche Steuerung des Rettungsdienstes sowie gegen die vorgesehenen finanziellen Begrenzungen bei der Refinanzierung rettungsdienstlicher Leistungen. Zugleich zeigt sich die Resolution für eine landesrechtliche Standardsetzung offen und betont die Verantwortung des Landes und der Landkreise sowie der Region Hannover für einen leistungsfähigen Rettungsdienst auch als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und der Gefahrenabwehr nach Landesrecht.